

EU-Förderpolitik ab 2014

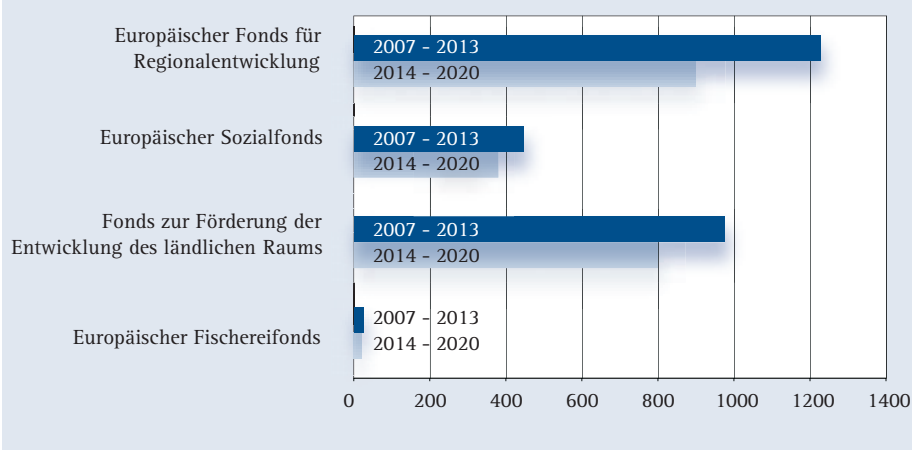
Unter Vorbehalt

Wie es ist

Die Förderprogramme des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und des Europäischen Sozialfonds (ESF) sind seit vielen Jahren wichtige Bausteine der niedersächsischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Für die Förderperiode 2007 – 2013 flossen dem Land aus dem EFRE 1.227 Mrd. Euro und aus dem ESF 447 Mio. Euro zu. Die Abwicklung der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Wohnraum- und Infrastrukturförderung des Landes obliegt der Investitions- und Förderbank Niedersachsen (NBank). Für die Förderperiode 2014 – 2020 ist aufgrund der von der EU-Kommission vorgelegten Verordnungsentwürfe mit deutlicher Verringerung der Mittel sowie Veränderungen sowohl in inhaltlicher als auch verfahrenstechnischer Hinsicht zu rechnen. Förderschwerpunkte sollen im EFRE die CO₂-Reduzierung, die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren

Aktuelle Zahlen liegen noch nicht vor – werden aber in der 2. Jahreshälfte nachgeliefert.

EU-Mittel 2007–2013 und 2014–2020 für Niedersachsen
(in Millionen Euro)



Quelle: Niedersächsisches Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Unternehmen sein. Beim ESF wird der Schwerpunkt in der Armutsbekämpfung liegen.

Was zu tun ist

- 1) Mittel effizient und zielführend vergeben:** Angesichts deutlich knapper werdender EU-Mittel ist die von der EU vorgegebene Neuausrichtung der Förderung auf die EU-Strategie Europa 2020 zu begrüßen. Die an den Schwerpunkten ausgerichteten operativen Programme sollten durch die Einbindung der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpartner entwickelt und mit den angrenzenden Bundesländern abgestimmt werden. Eine Straffung der Programme und eindeutige nachvollziehbare Kriterien für die Vergabe von Fördermitteln sind zwingend notwendig. Da vor dem Hintergrund der von der EU vorgegebenen Ziele eine Bevorzugung einzelner Bereiche oder von Unternehmen mit einer bestimmten Beschäftigungs- oder Umsatzgröße keinen Sinn machen, sollte diese Praxis zukünftig aufgegeben werden. Bei der einzelbetrieblichen Förderung sollte zukünftig eher auf Darlehen aus revolvingierenden Fonds und Bürgschaften statt auf Zuschüsse gesetzt werden. Alternative Finanzierungsinstrumente, wie Beteiligungsfonds, sollten gestärkt werden. In der NBank ist die gesamte Förderung des Landes zu bündeln.
- 2) Weniger Bürokratie:** Das Land sollte sich weiterhin gegenüber der Bundesregierung und der EU für bürokratische Erleichterungen bei der Umsetzung der EU-Strukturpolitik einsetzen. Der hohe und häufig nicht sachgerechte Prüfaufwand ist zu reduzieren.
- 3) Tourismusförderung effizienter gestalten:** Angesichts der herausragenden Bedeutung des Tourismus für das Land sollte zukünftig sowohl Aspekten der Infrastruktur als auch der einzelbetrieblichen Förderung Rechnung getragen werden. Dabei sollten einerseits die Zielsetzung der Masterpläne in den Destinationen und die Touristische Entwicklungsstrategie 2015 des Landes, andererseits auch die strukturellen Veränderungen und Probleme der Tourismuswirtschaft berücksichtigt werden. Die zum Teil von unterschiedlichen Ministerien verwalteten Förderprogramme sollten im Hinblick auf einheitliche touristische Entwicklungsziele besser koordiniert werden.